

Auf steinigem Weg in die Mitte

Präsident Martin Landolt will seine BDP jünger, progressiver und urbaner machen

Von Raphaela Birrer, Zürich

Die zermürbenden Wahlschlägen. Der verlorene Bundesratsitz. Die höhnenden Gegner. Die erbarmungslosen Medien. All diesen Herausforderungen hat die BDP in ihren turbulenten Gründungsjahren getrotzt. Obwohl tausendfach zum Tode verurteilt, lebt die Partei noch immer. Doch wenn sich ihre Mitglieder morgen zum 10-Jahr-Jubiläum treffen, werden sie in eine Zukunft blicken, die ihnen die grösste Herausforderung erst bereithält: Will sich die BDP langfristig als Kleinpartei etablieren, muss sie sich programmatisch konsolidieren.

Präsident Martin Landolt hat eine Strategie dafür. Sie liesse sich mit dem Slogan «Verjüngung in der progressiven Mitte» zusammenfassen. Das erste Versprechen, die Verjüngung, will der 50-jährige Glarner mit einem Generationenwechsel einlösen: Er selber will das Präsidium 2020 abgeben und Platz für eine jüngere Person machen. In den Stammländern sei dieser Prozess bereits eingeleitet, sagt Landolt. Wichtige Funktionen der Bündner, Berner und Glarner Kantonssektionen seien mit unter 30-Jährigen besetzt.

Und mit Nico Planzer hat ein sendungsbewusster Präsident die Junge BDP übernommen. Der 23-jährige Luzerner ist betont gesellschaftsliberal, strebt eine deutlich jüngere Bundeshausfraktion an und will die Partei in den Städten stärker machen. «Wir sind vor zehn Jahren zwar der SVP entsprungen. Aber die Junge BDP hat nichts mehr mit dieser Identität zu tun», sagt Planzer. «Die Jungen werden die Partei in den nächsten Jahren definieren – dort bildet sich eine neue Basis», ist Landolt überzeugt.

Das zweite Versprechen, die Positionierung in der progressiven Mitte, lebe seine Partei im Parlament vor, sagt Landolt und listet einen Katalog von Vorstössen auf, der das progressivbürgerliche Profil verdeutlichen soll. Nein zu Waffenexporten in Krisengebiete, Ja zur Verankerung der Bilateralen Verträge in der Verfassung. Dazu neue Ansätze für Dauerbrenner



Viel Applaus an der Gründungsversammlung. Eveline Widmer-Schlumpf nach ihrer Wahl in den Bundesrat, mit Bundesrat Samuel Schmid und Parteipräsident Hans Grunder (v.l.) am 1. November 2008 in Glarus. Foto Keystone

wie die Altersvorsorge (Verknüpfung von Rentenalter und Lebenserwartung). Und vor allem eine dezidiert gesellschaftsliberale Haltung, etwa zur Ehe für alle. Kurz: Die BDP will sich überall dort profilieren, wo sich die grossen Parteien mit allzu dogmatischer Haltung bekämpfen. Diese Abgrenzung ist für sie einfacher geworden, seit sich die CVP unter Präsident Gerhard Pfister einen konservativeren Anstrich gibt. Eine Union mit den Christdemokraten: Die 2014 gescheiterte Idee scheint heute weiter weg denn je.

Nähe zur GLP

Diese Politik soll sich bei den nächsten Wahlen auszahlen – und Landolt hat dabei ein Zielpublikum vor Augen: «junge, urbane Menschen, die sich engagieren», etwa bei der Operation Libero oder bei der ausserpolitischen Denkfabrik Foraus. «Ihnen müssen wir

zeigen, dass wir ihre Werte teilen», sagt Landolt.

Die Sympathien beruhen auf Gegenseitigkeit: «Wir sind überparteilich, können uns aber neben anderen Mitte-Parteien gut mit der BDP identifizieren. Sie ist eine progressive Kraft, die vorwärts gerichtet politisiert», sagt Laura Zimmermann, Co-Präsidentin der Operation Libero. Gerade in der Gesellschafts- und der Europapolitik scheue sich die BDP nicht, deutlich Position zu beziehen. Zimmermanns Bewegung sucht zurzeit per Inserat Kandidaten für den Nationalrat. Damit spreche man explizit auch BDP-Vertreter an, sagt sie.

Mit der Positionierung in der progressiven Mitte schafft sich die 4-Prozent-Partei allerdings auch neue Probleme. Zum einen wird die Abgrenzung von der GLP, der anderen progressiven Mitte-Kraft, schwierig. Landolt und GLP-Präsident Jürg Grossen räumen beide ein, dass sich ihre beiden Parteien

auf nationaler Ebene inhaltlich mittlerweile ähnlich seien. Abgesehen von der Landwirtschafts- und der Verkehrspolitik gebe es nicht viele markante Differenzen, so Grossen. Die beiden Präsidenten wollen bei den Wahlen in einem Jahr möglichst vielerorts Listenverbindungen eingehen.

Das geht Stimmen in der BDP zu wenig weit. Sie wünschen sich eine umfassendere Kooperation, wie sie damals mit der CVP angestrebt wurde. Die Überlegung dahinter: Die GLP ist in den Städten stark, die BDP historisch eher ländlich geprägt – das gemeinsame Wählerpotenzial läge im Bereich von CVP oder Grünen. Auch Grossen sagt: «Die progressive Mitte aus GLP, BDP, linkem CVP-, FDP- und rechtem SP-Flügel hätte vereint theoretisch sogar Anspruch auf einen Bundesratsitz.» Und Zimmermann bedauert die «Fragmentierung der progressiven Mitte». «Es wäre toll, wenn sie ihre Kräfte besser bündeln würde.»

Nachrichten

Zahl der Grenzgänger wieder rückläufig

Neuenburg. Zum ersten Mal seit 20 Jahren ist im dritten Quartal die Zahl der Grenzgänger im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die deutlichste Abnahme wurde im Tessin registriert. Ende September 2018 arbeiteten rund 312 000 Personen mit ausländischem Wohnsitz in der Schweiz. Das sind 0,8 Prozent weniger als ein Jahr zuvor, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern mitteilte. Ein Jahresminus gab es letztmals im dritten Quartal 1998 (-0,7 Prozent). Seither hat die Zahl der Grenzgänger von Jahr zu Jahr zugenommen, schweizweit um mehr als gut 130 Prozent. 2018 hat der Andrang aber deutlich nachgelassen. Im Tessin und in der Nordwestschweiz betrug die Abnahme im dritten Quartal 4,1 Prozent respektive 2,4 Prozent. SDA

Widerstand gegen das Autofahren ab 17 Jahren

Bern. Jugendliche sollen sich bereits ab 17 Jahren statt wie heute ab 18 Jahren mit einem Lernfahrausweis ans Steuer setzen können. Das schlägt der Bundesrat vor. Im Parlament gibt es jedoch Widerstand. 30 von 46 Ständeratsmitgliedern haben eine Motion von FDP-Ständerat Hans Wicki (NW) unterzeichnet. Dieser will im Strassenverkehrsgesetz verankern, dass der Lernfahrausweis erst ab 18 Jahren erteilt wird. Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Motion abzulehnen. SDA

Umweltauflagen für Wasserkraftwerke

Bern. Die Betreiber von Wasserkraftwerken sollen für Eingriffe in die Landschaft weniger Umweltmassnahmen oder finanzielle Entschädigungen leisten müssen. Die Umweltkommission des Nationalrates (Urek) hat dazu eine Gesetzesänderung ausgearbeitet. Ausgelöst wurden die Arbeiten durch eine parlamentarische Initiative von Albert Rösti (SVP/BE), welcher die Kommissionen beider Räte zustimmten. Gestern hat die Nationalratskommission nun die Vernehmlassung zu einer Änderung des Wasserrechtsgesetzes eröffnet. SDA

Berset zu Besuch in Rumänien

Ein Ja zur Integration weiterer Balkanstaaten aus Bern

Bukarest. Im Rahmen der Kontaktpflege mit der kommenden EU-Ratspräsidentschaft hat Bundespräsident Alain Berset gestern Rumänien besucht. Das Land übernimmt ab Januar 2019 erstmals den halbjährlich rotierenden Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

Neben bilateralen Themen standen bei dem offiziellen Gespräch mit Staatspräsident Klaus Werner Johannis vor allem europapolitische Fragen im Vordergrund. Thema der Diskussionen waren unter anderem die laufenden Verhandlungen über das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Die rumänische Seite erläuterte

die Ziele der nächsten Ratspräsidentschaft der Europäischen Union.

Bundespräsident Berset begrüsste die Absicht, den Prozess zur Integration weiterer Balkanstaaten in die EU zu einem Schwerpunkt der rumänischen Ratspräsidentschaft zu machen, wie dies bereits die Ratspräsidentschaften 2018 (Bulgarien und Österreich) taten.

Beide Seiten hätten zudem die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Rumänien gewürdigt, die in den vergangenen Jahren durch die Kooperation im Rahmen des schweizerischen Erweiterungsbeitrags vertieft worden seien, heisst es. SDA

Schweiz und Indonesien einigen sich

Freihandelsabkommen vor dem Abschluss – Einigung beim Streit um Palmöl

Bern. Kurz vor seinem Rücktritt hat Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann einen diplomatischen Erfolg errungen: Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich die Schweiz und Indonesien auf ein Freihandelsabkommen geeinigt. Die Einigung kam nach 17 Verhandlungsrunden in der Nacht auf Donnerstag zustande. Die gemeinsame Erklärung über den Abschluss sei anlässlich der Efta-Ministerkonferenz vom 23. November in Genf vorgesehen, heisst es in einer Mitteilung.

Unterzeichnet werden soll das Freihandelsabkommen noch vor Ende Jahr. Zuvor müssen noch einige technische Fragen geklärt, gewisse Positionen von Indonesien bestätigt und die Texte juristisch bereinigt werden.

Laut Eidgenössischem Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) handelt es sich um einen «Meilenstein der schweizerischen Handelspolitik». Wie bereits beim Abkommen mit der Volksrepublik China sei es der Schweiz gelungen, vor der EU ein Abkommen mit einem grossen Partnerstaat abzuschliessen.

Indonesien ist bevölkerungsmässig eines der grössten Länder der Welt und damit ein grosser potenzieller Markt. «Ich freue mich darüber, Indonesien ist nicht niemand», sagte Schneider-Ammann. «Da gibt es 260 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten. 40 Millionen sind mittelständisch und suchen nach Qualitätsprodukten aus dem Westen.» Dank des Abkommens sollen mittelfristig praktisch alle Zölle auf schweizerischen Ausfuhren nach Indonesien entfallen. Laut WBF bringt das Abkommen Vorteile für alle Branchen – von der Nahrungsmittelbranche über die Maschinenindustrie, die Uhren,

Chemie und Pharma bis zu den Dienstleistungen, darunter die Finanzbranche und das Wartungspersonal. Teilweise gelten mehrjährige Übergangsfristen.

Nachhaltige Entwicklung

Umstritten ist das Abkommen vor allem wegen des indonesischen Palmöls. Dieses ist ökologisch bedenklich und könnte die Schweizer Ölsaatenproduktion unter Druck setzen. Die Schweiz konnte nun offenbar eine Beschränkung des privilegierten Imports aushandeln. Laut WBF betragen die Zollrabatte auf Teilkontingente für Palmöl und seine Derivate 20 bis 40 Prozent. Damit sei die einheimische Ölsaatenproduktion nicht gefährdet, heisst es weiter.

Auch den Bedenken zur Nachhaltigkeit sei Rechnung getragen worden. Das Abkommen enthalte einschlägige Bestimmungen zu Handel und nachhaltiger Entwicklung, die auch für die Palmölproduktion relevant seien. Dazu gehört laut WBF die Einhaltung und Umsetzung der multilateralen Umweltabkommen sowie der Grundrechte der Arbeitnehmer. Ausserdem enthalte das Abkommen Bestimmungen zur Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Waldressourcen und der Bekämpfung des illegalen Holzschlags. Gemäss der Mitteilung will sich Indonesien mit dem Abkommen auch verpflichten, Produktion und Handel von Palmöl und anderen pflanzlichen Ölen nachhaltig zu gestalten.

Die Schweiz hat die Verhandlungen im Rahmen der Efta geführt. Zu dieser gehören neben der Schweiz und Liechtenstein auch Norwegen und Island. Die beiden Länder hatten Einwände wegen der Fischerei. Die Bedenken konnten in den Verhandlungen

ebenfalls ausgeräumt werden. Für Schneider-Ammann ist die Einigung auch ein persönlicher Erfolg. Wenige Wochen vor seinem Rücktritt ist ihm nach dem Abkommen mit China der Abschluss eines weiteren Freihandelsabkommens gelungen.

Dieses muss nach der Unterzeichnung vom Parlament genehmigt werden, bevor es vom Bundesrat ratifiziert werden kann. Das Volk kann sich voraussichtlich nicht dazu äussern. Verhandlungen über Freihandelsabkommen führt die Schweiz derzeit auch mit Vietnam, Indien, Malaysia und den Mercosur-Staaten. Bis Ende Jahr will der Bundesrat zudem mit den USA Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen aufnehmen.

Bauern hegen Zweifel

Für Alliance Sud, die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, hätte das Freihandelsabkommen mit Indonesien schlimmer ausfallen können. Der Bauernverband ist irritiert, denn die roten Linien beim Palmöl liegen noch nicht vor. Zudem hegt er Zweifel an ethischen Punkten. Im Endeffekt führe das Abkommen bei einem Kontingent des ökologisch und sozial umstrittenen Palmöls zu einer Preisreduktion von durchschnittlich 30 Prozent, sagte Isolda Agazzi, Mediensprecherin von Alliance Sud. Ihre Organisation habe sich jeder Verbilligung widersetzt.

Im Übrigen entspreche das Abkommen auch nicht dem Willen des Nationalrats, der eine Motion von Jean-Pierre Grin (SVP/VD) gutgeheissen hatte. Darin verlangte der Landwirt den Abschluss des Palmöls von Zollpräferenzen im geplanten Freihandelsvertrag mit Malaysia. Der Ständerat versenkte das Anliegen aber äusserst knapp. SDA

ANZEIGE

Damit wir...

- ... nicht in die EU geführt werden.
- ... Löhne und Arbeitsplätze erhalten.
- ... keine höheren Gebühren, Abgaben und Steuern bezahlen.
- ... den Schweizer Tier- und Landschaftsschutz behalten.
- ... Rechtssicherheit gewährleisten.

Stimmen Sie darum am 25. November

JA

Zur direkten Demokratie.
Zur Selbstbestimmung.

www.selbstbestimmungsinitiative.ch
Komitee JA zur Selbstbestimmung, Postfach, 3001 Bern